

# 1 Die große Weltwirtschaftskrise im 21. Jahrhundert

Ursachen, Gesetzmäßigkeiten des Ablaufes und die Fehler der Politik

Vortrag am 25.04.2009

Von Hermann Patzak

## 1.1 Inhaltsübersicht

- 1 Die Wiederkehr der Weltwirtschaftskrise im 21. Jahrhundert
- 2 Aktuelle Lage, neueste Zahlen
- 3 Ursachen: ideologisch weltanschauliche
- 4 Ursachen: technische, das Geld- und Kreditschöpfungsgeschäft in USA
- 5 Warum aus der Finanzkrise eine Wirtschaftskrise werden mußte
- 6 Was kann die Politik jetzt gegen die Krise tun?
- 7 Das Konjunkturpaket 1
- 8 Der Multiplikator: Exkurs
- 9 Das Urteil der Medien und Experten über das Konjunkturpaket 1
- 12 Die Wendehalspolitik von Kanzlerin Merkel
- 11 Das Konjunkturpaket 2
- 12 Der Sonderfall Abwrackprämie
- 13 Was bringt das Konjunkturpaket 2?
- 14 Wie hätte man es besser machen können?

## 1.2 Die Wiederkehr der Weltwirtschaftskrise im 21. Jahrhundert

Wirtschaftskrisen hat die Menschheit viele erlebt. Aber bisher nur eine Weltwirtschaftskrise. Man nannte sie die große Weltwirtschaftskrise. Sie brach im Herbst 1929 offen aus. In den Jahren zuvor hatte sie langsam Anlauf genommen und ihre Kräfte angesammelt und keiner hatte das Übel kommen sehen.

So war es auch jetzt, im 21. Jahrhundert. Die Krise war plötzlich da. Förmlich über Nacht war sie gekommen. Und es waren die selben Kräfte und Gesetzmäßigkeiten, die nahezu ein Jahrhundert vorher die große Krise ausgelöst hatten.

Die bisher erste große Weltwirtschaftskrise hatte am 25. Oktober 1929 begonnen. Der Tag ging als „Schwarzer Freitag“ in die Geschichtsbücher ein. Er kam auch damals für die Politiker und Ökonomen völlig unerwartet und unvorhergesehen:

Nach Jahren eines noch nie dagewesenen Wirtschaftsaufschwungs hatte der damalige US-Präsident Herbert Hoover noch wenige Wochen zuvor – im US-Wahlkampf – großsprecherisch das Ende der Armut für die USA verkündet. Doch es kam anders. Die USA stürzten in die große Weltwirtschaftskrise und rissen die ganze damalige kapitalistische Welt mit sich. Was war damals geschehen?

Die USA waren der große Kriegsgläubiger nach dem 1. Weltkrieg. England und Frankreich waren die größten Schuldner. Sie mußten die im Krieg aufgenommenen Darlehen an die USA

zurückzahlen. Sie taten das vor allem auch mit den Reparationen, die sie dem Deutschen Reich im Versailler - Vertrag abgepreßt hatten. Riesige Geldströme flossen nach USA und die US-Wirtschaft erreichte eine noch nie dagewesene Blüte.

„Das ganze Land nahm am Taumel der Börsenspekulation teil, die neben dem amerikanischen Geld auch mehrere Milliarden Dollar an Auslandskapital angelockt hatte“. Ausgehend von London, wo die fehlgeschlagenen Photomaton - Investitionen den unsoliden Harty-Konzern zu Erliegen brachten, kam es zum Börsenkrach...“<sup>1</sup>

### 1.3 Der Beginn der zweiten Weltwirtschaftskrise

Jetzt, im 21. Jahrhundert, war es wieder so. Wieder waren es die USA, die mit ihrer anhaltenden Niedrigzinspolitik und den innovativen Techniken einer nahezu unendlichen Kredit- und Geldvermehrung die Gelder aus der ganzen Welt anlockten. Sie konnten damit (1) ihre Kriege finanzieren und (2) eine Jahrzehnte lange Prosperität am Leben halten, die sonst schon in den 1990iger Jahren in sich zusammengebrochen wäre.

Die Krise begann im Sommer 2007. Sie brach nicht so urplötzlich los wie 1929, denn die Bankenmanager und Wirtschaftspolitiker hatten aus den 1929 gemachten Fehlern dazu gelernt. In Deutschland kam als erste die Mittelstandsbank IKB<sup>2</sup> unter die Räder, ihr drohte von einem Tag auf den anderen Konkurs wegen Zahlungsunfähigkeit.

Seitdem erleben wir in stetigem Anschwellen die Zweite Weltwirtschaftskrise. Sie ist noch weit größer als die erste, denn im Zuge der vorangegangenen Globalisierung waren wirklich nahezu alle Volkswirtschaften dieser Erde in die kapitalistische Weltwirtschaft eingebunden worden.

Entgegen den „Schönrednern“ aus der Politik, die lamentieren, daß die Menschen diese Krise herbeireden, muß sachlich festgestellt werden, daß es sich um die größte Krise aller Zeiten handelt. Die Tatsache, daß diese Krise noch größer ist als die vorangegangene im 20. Jahrhundert, bestätigt die Großzahl der mit der Krise befaßten Wissenschaftler und Forschungsinstitute:

„Die Weltwirtschaft schrumpft schneller als in der Großen [Depression](#) im 20. Jahrhundert“.

„Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg wird das Weltsozialprodukt dieses Jahr real schrumpfen, warnt der Internationale Währungsfonds (IWF)“.<sup>3</sup>

Seit April 2008 sind die Weltindustrieproduktion, die Aktienkurse und der Welthandel schneller gefallen als in der Großen Depression.<sup>4</sup>

Diese Aussagen des IWF werden heute durch die aktuellen Entwicklungen in allen Ländern der Welt und in Deutschland belegt und erhärtet:

Die Deutsche Bundesbank meldete am 20.04.09, daß die deutsche Industrie im Februar 2009 rund ein Fünftel weniger produziert hat als im Vorjahr,

der Auftragseingang ist im selben Monat sogar um mehr als ein Drittel geschrumpft.

---

<sup>1</sup> Günther Schmölders, Konjunkturen und Krisen, Rowohlt Verlag Hamburg 1967, Seite 14.

<sup>2</sup> Die **IKB Deutsche Industriebank AG** ist ein [Kreditinstitut](#) mit Sitz in [Düsseldorf](#), das sich traditionell auf langfristige Finanzierung von Unternehmen in Deutschland spezialisiert hat (Wikipedia).

<sup>3</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.04.2009 Seite 10.

<sup>4</sup> Barry Eichengreen (Berkeley) und Kevin O'Rourke (Dublin), zwei angloamerikanische Wirtschaftshistoriker in: „A Tale of Two Depressions“.

Auch die Entwicklung des Dax - Index seit Ende 2007 veranschaulicht das Fortschreiten der Krise. Die kurze Erholung im zweiten Quartal 2009 hat sich wieder einmal als Strohfeuer erwiesen.

Aus FAZ 21.04.09, Seite 17

<u>DAX</u>	<u>Indexwert</u>	<u>Veränderung</u>	
4.Quart 2007	8000		
1.Quart.2008	6500	81,25%	
2.Quartal	7000	87,50%	
3.Quartal	6500	81,25%	
4.Quartal	4000	50,00%	
1.Quart.2009	3500	43,75%	
2.Quart.2009	4500	56,25%	28,57%

Deutsche Unternehmen – die wichtigsten sind schon lange im Eigentum ausländischen Großkapitals – gehen im Zug der fortschreitenden Krise in die Hände neuer Eigentümer über (Daimler – China). Daran haben sich die Deutschen gewöhnt, sie registrieren das kaum noch.

Im Einzelhandel, dem es in der Krise angeblich prächtig geht, wie die Medien berichten, schließt Arcandor (Quelle Karstadt) seine bedeutendsten Großkaufhäuser und will eine Vielzahl seiner Filialen verkaufen. Der Kaufhauskonzern beabsichtigt, Staatshilfe zu beantragen.

Neben den ökonomischen Fakten, die der Krisenablauf setzt und die von interessierter politischer Seite gerne geleugnet oder klein geredet werden, sollte die hintergründige Auseinandersetzung auf ideologischer Ebene nicht übersehen werden.

Man hat die Krise noch gar nicht im Griff, da wird von den liberalen Gegnern der staatlichen Konjunkturpolitik in der Sorge um die künftig verminderte Macht des Kapitals der Blick auf die Folgen der Krisenbekämpfung gelenkt.

Seit Ausbruch der Krise haben alle Notenbanken und die Regierungen alle Hebel in Bewegung gesetzt, diese Krise abzufangen. Sie haben permanent die Geldmenge erhöht. Das zeigt Wirkung, denn es ist bisher nicht zu einer Depression wie in der Zeit nach 1929 gekommen. Das kann aber nicht ohne Nebenwirkungen bleiben, so wie in der Medizin jedes wirksame Medikament ein Gift ist, das einerseits heilen kann, aber andererseits auch Schäden im Körper verursachen kann. Der Bundesverband deutscher Banken sieht mit Sorge, wie die Talfahrt der Wirtschaft sich mit hoher Geschwindigkeit fortsetzt.

Die Bundesbank verlangt, vorausschauend in Erwartung einer Inflation, daß die Notenbanken eine „Ausstiegs – Strategie“ entwickeln, wie die hohe Liquidität nach der Krise abgeschöpft werden könne.

## 1.4 Neueste Zahlen <sup>5</sup>

Finanzminister Steinbrück äußerte, daß die Wachstumsprognose der Regierung in der nächsten Woche einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um **mehr als fünf Prozent** voraussagen werde.

Der Weltwährungsfonds (IWF) prognostiziert einen Rückgang des deutschen Bruttoinlandsproduktes um 5,6 Prozent.

---

<sup>5</sup> FAZ, 23.04.09.

Die 5 führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten einen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes von sechs Prozent.

Die Rezession werde massive Spuren auf dem deutschen Arbeitsmarkt und in den öffentlichen Haushalten hinterlassen. Bis Ende kommenden Jahres würden 1,1 Millionen Arbeitnehmer in Deutschland ihre Arbeitsstelle verlieren, die Arbeitslosenquote werde auf 10,8 Prozent oder 4,7 Millionen steigen.

Die Neuverschuldung werde mit fast 90 Milliarden Euro heuer und mehr als 130 Milliarden Euro im nächsten Jahr Höchststände erreichen.

Forderungen nach einem weiteren dritten Konjunkturpaket, wie sie von Gewerkschaften erhoben werden, weisen die Forscher zurück

Eine Erholung erwarten sie für den späteren Verlauf des kommenden oder erst für das übernächste Jahr (also 2011).

### **Die Prognosen des [IWF](#):**

Deutschland ist tief in den Strudel der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise geraten und wird auch 2010 noch in der Rezession steckenbleiben.

Die Weltwirtschaft werde dieses Jahr um 1,3 Prozent schrumpfen. Unter den großen Volkswirtschaften des Euro-Raums leidet Deutschland wegen seiner großen Exportabhängigkeit am stärksten unter dem Rückgang des Welthandels.

Staatliche Hilfe zur Rekapitalisierung von Banken und anderen Finanzmarktakteuren sei notwendig, um aus der lähmenden Kreditklemme herauszukommen

In den kommenden Monaten werde sich der Druck auf die Bankbilanzen noch erhöhen, weil Verbraucher und Unternehmen ihre Kredite nur noch schlechter bedienen.

Als eine weitere Gefahr bezeichnen die IWF-Ökonomen einen Rückgang des allgemeinen Preisniveaus, eine Deflation würde die Konjunktur zusätzlich lähmen.

## **2 Die Ursachen der Krise**

### **2.1 Ideologisch – weltanschauliche Ursachen: Das Gesetz der Renditemaximierung**

In der sogenannten Westlichen Wertegemeinschaft gelten viele Dogmen. Eines dieser Dogmen ist der Glaube an eine „unsichtbare Hand“ (Adam Smith). Es besagt, daß das freie Spiel der Marktkräfte den Menschen den höchstmöglichen materiellen Wohlstand bringt.

Doch dieses Dogma der uneingeschränkten Renditemaximierung hat sich in unzähligen Fällen als völlig falsch erwiesen. Volkswirtschaften, die sich in der Entwicklungsstufe befinden, brauchen ihr Kapital für diese Entwicklung. Würden die heimischen Kapitalinhaber es dort anlegen, wo momentan die größte Rendite gezahlt wird, müßte das Entwicklungsland für alle Zeiten auf der Entwicklungsstufe verharren.

Das war schon immer so. Auch das Zweite Deutsche Reich (Bismarck) hätte sich nie zu der ökonomischen Größe entwickeln können, wenn die deutschen Unternehmer ihr Geld in England investiert hätten, weil England industriell fortgeschrittener war und dort höhere Renditen hätten erzielt werden können.

Doch zurück zu dem Gesetz der Renditemaximierung in einer globalkapitalistischen Welt: Im Zuge der fortschreitenden Globalisierung am Anfang des 21. Jahrhunderts explodierten förmlich die Renditen der Unternehmen in allen Branchen und Ländern. Insbesondere im

Bankensektor waren maßlose Renditen von 25 Prozent und mehr angepeilt worden. In Deutschland dürfte die Deutsche Bank (die mehrheitlich in Händen des internationalen Großkapitals ist) mit ihrem Renditeziel von mehr als 25 Prozent sich ins Gedächtnis eingepägt haben.

Bei vielen Beobachtern mag damals das Gefühl aufgekommen sein, daß das nicht ewig so weiter gehen könne. Doch keiner aus den Eliten der Gesellschaft meldete sich und warnte vor dieser Entwicklung. Die Politiker sahen dem Treiben wohlwollend zu, ihnen ist es wichtig, gewählt zu werden. Die meisten haben sicherlich auch nicht das nötige Wissen und die ökonomischen Kenntnisse, um regulierend in das Geschehen einzugreifen. Doch warum übernehmen sie die Verantwortung, über Dinge zu entscheiden oder nicht zu entscheiden, wenn sie davon nichts verstehen. Michael Glos, der ehemalige Wirtschaftsminister, ist die Personifizierung der Unfähigkeit auf verantwortungsvollem Posten, die für so viele Politiker in Amt und Würden gilt. Und die vielen Berater und wissenschaftlichen Institute, die den Politikern Rat geben sollen? Es sind Liebdiener und Bücklinge, die ihre Erkenntnisse so lang verbiegen, bis sie zu dem vom Auftraggeber gewünschten Ergebnis kommen.

Sicherlich ist die Genauigkeit der Erkenntnisse der Wirtschaftswissenschaft nicht vergleichbar mit den von der Naturwissenschaft entdeckten Gesetzen. Aber die weit divergierenden Aussagen über den Entwicklungsstand und die Prognosen des weiteren Krisenverlaufs lassen gelegentlich den Verdacht entstehen, daß so manches Gutachten ein Gefälligkeitsgutachten ist. Auch ist zu bedenken, daß manch vermeintliches Gesetz, das ein Wirtschaftswissenschaftler entdeckt haben wollte, sich als falsch erwies. So erging es auch Karl Marx und dem von ihm proklamierte Gesetz der sinkenden Profitrate. In der globalkapitalistischen Welt geschah das Gegenteil. Die Renditen stiegen weltweit.

Wir müssen heute von einem Gesetz der steigenden Renditen sprechen. Im **globalen Wettbewerb** – es handelt sich nicht um einen Wettbewerb der Produkte oder Preise, sondern um einen Wettbewerb der Renditen – fließt das Kapital immer dorthin, wo es die größeren Renditen gibt. Es wird von den Unternehmen abgezogen, die im Vergleich zur Konkurrenz niedrigere Renditen erzielen.

Kein Unternehmen kann sich diesem **Gesetz in Zeiten des Globalkapitalismus** entziehen. Es herrscht **Raubtierkapitalismus**. Wer seine Rendite nicht steigert, wird vom Konkurrenten oder vom internationalen Finanzkapital aufgekauft (gefressen). Die Aufkäufer erzwingen dann die Renditesteigerung mit ihren rücksichtslosen Methoden von Restrukturierung und Rekapitalisierung. Bei der Rekapitalisierung – welch schönes Wort – wird das vorhandene Eigenkapital durch Fremdkapital ersetzt, indem sich die neuen Eigentümer das Eigenkapital auszahlen lassen. Das haben auch die Raubritter gemacht, allerdings mit anderen Methoden. Bei der Restrukturierung werden die Kosten gesenkt, indem Arbeiter entlassen, Lohnkosten gesenkt oder Produktionsstätten ins Billiglohn-Ausland verlegt werden!

Bei den Banken im Finanzsektor gab es noch einen anderen Weg, die Renditen zu steigern. Das herkömmliche Bankgeschäft, die Darlehensvergabe an Unternehmungen und Haushalte in der heimischen Volkswirtschaft – die Kernaufgabe der Banken in einer Volkswirtschaft – brachte nicht die hohen (im Globalkapitalismus existentiell notwendigen) Renditen. Deshalb verlegte man die Geschäftstätigkeit in jene Märkte, wo dies möglich war.

Das waren die Finanzmärkte in den USA! Dort hatte man neue „innovative“ Methoden der Kreditschöpfung erdacht. All die großen und kleinen Mächtigen – Globalkapitalisten, alle deutschen Geldinstitute – ob staatliche, halbstaatliche oder private – wollten dabei sein. Das große Geschäft mochten sie sich nicht entgehen lassen. Die Art und Weise, wie diese Banken

sich in das Kredit- und Spekulationsgeschäft in den USA verstrickt hatten, wäre einen Roman wert. Spannend wie ein Krimi!

Voraussetzung war die Etablierung eines weltweit freien Kapitalverkehrs. Es handelt sich dabei auch um eine aus der Ideologie geborene, angeblich wissenschaftlich abgesicherte Prämisse. Sie wurde von den USA zur Verbreiterung und Absicherung ihres Imperiums auf dem gesamten Erdball in die Tat umgesetzt.

Wir stoßen hier auf die Frage, ob nicht die Ideologie als Ersatzreligion für das seit der Aufklärung verdrängte religiöse Bedürfnis der Menschen, an höhere Kräfte und Gesetzmäßigkeiten zu glauben; die eigentliche Ursache für die „Entgleisung wirtschaftlichen Handelns“ war?

Exakter gedacht und formuliert müßte die Frage heißen: Hat das Weltmachtstreben des US-Imperiums sich das Bedürfnis der Menschen, an höhere Gesetze und Gewalten zu glauben, zu Nutze gemacht, das die moderne aufgeklärte Zeit verdrängt hat? Hat sie dieses Bedürfnis für die eigenen Zwecke der Machtausdehnung und deren Perpetuierung mißbraucht?

## **2.2 Die Verantwortung für die ökonomischen Entgleisungen**

Doch kommen wir zurück auf die Ebene der gegenständlichen Ökonomie und Politik:

Die Eliten können sich zur Entschuldigung nicht auf den Zeitgeist berufen, sie können sich durchaus persönlich schuldig machen. Alle Menschen verfügen über ein bestimmtes Maß an Wissen und Gewissen. Beides müßte insbesondere bei den Eliten eines Volkes besonders ausgeprägt sein. Ideologische Verblendung kann Wissen und Gewissen nicht vollkommen ausschalten.

Das Gewissen des einzelnen ist schwer überprüfbar, auch unterlag es immer den veränderten Werten in den Epochen unserer Geschichte. Doch das Wissen ist leicht überprüfbar. Prüfen wir also, inwieweit sich diese Eliten schuldig gemacht haben.

Die Politiker klagen heute die Manager-Elite für ihr Tun in der Hochphase der rücksichtslosen Renditemaximierung an. Sie ignorieren die Tatsache, daß es ihre Aufgabe gewesen wäre, dieses Tun zu unterbinden.

Die primitiven Meinungsmacher in den Medien scheuen sich nicht, einzelne Manager und sogar die Manager allesamt zu kriminalisieren. Doch auch die Medien schauten dem Treiben damals zu. Aber daß der allgemein ausgebrochene „Renditewahn“ eigentlich auf dem Glaubenssatz aus der liberalen Ideologie basiert, daß Marktmechanismus und Gewinnstreben den größtmöglichen materiellen Wohlstand schaffen, will niemand wahrhaben.

Die aufgeklärten Zeitgenossen des 21. Jahrhunderts brauchen – wie die Menschen im „finsternen Mittelalter“ – Schuldige, die sie öffentlich oder vor Gericht anklagen und aburteilen können.

Die Vorstände und Aufsichtsräte wollen heute das Risiko ihrer Geschäfte nicht gekannt haben. Sie sagen, ihre auf „komplizierten mathematischen Modellen“ beruhenden Entscheidungen seien sehr anspruchsvoll gewesen.

Aber sie haben auch gegen die primitivsten Grundregeln der Buchhaltung verstoßen.

Höchst interessant ist auch die Tatsache, daß sämtliche Wirtschaftsprüfer (internationale Prüfungsgesellschaften) und Steuerberater bei ihren jährlichen Buch- und Bilanzprüfungen kein Haar in der Suppe gefunden hatten. Ihnen waren alle Geschäfte – auch die Konstruktion der außerbilanziellen Gesellschaften (Tochterunternehmen in Steueroasen) – bekannt.

Ihnen war sicherlich auch die „goldene Bilanz- und Bankregel“ bekannt, die ein BWL-Student schon in den ersten Semestern seines Studiums lernen muß. Sie besagt, daß langfristige Kredite nicht kurzfristig finanziert werden dürfen.

Gerade das aber hat man getan und das Geschäft auch noch als Innovation gepriesen, weil damit die Risiken gestückelt und verteilt, ihrer Meinung also minimiert werden könnten.

### **2.3 Die technisch-ökonomischen Ursachen und die Mechanismen der Krisenentwicklung**

Die Quelle der Finanzkrise lag wieder, wie schon bei der Großen Depression, in den USA. Mit der Globalisierung hatte auch die Phase globalen Renditewahns eingesetzt. Seitdem haben alle Banken – nicht nur die deutschen – sich auf dem US-Finanzmarkt engagiert und in die US-Wertpapiere investiert. Sie haben die Gelder, die sie aus der heimischen Wirtschaft von Privathaushalten und Unternehmen erhielten, nicht in die deutsche Wirtschaft investiert, sondern an die US-Finanzmärkte transferiert.

Das Geld hat der deutschen Wirtschaft damals schon gefehlt, der deutsche Mittelstand kann heute noch „ein Lied davon singen“. Deutschlands Wirtschaft hat sich infolgedessen nicht so stark entwickelt, wie es möglich gewesen wäre.

Heute, in der Wirtschaftskrise, leidet die deutsche Wirtschaft ein zweites Mal an dem Versagen der deutschen Banken. Wieder bekommt sie von den Banken nicht die notwendigen Kredite, weil diese ihr Geld bei der Renditejagd auf den internationalen Finanzmärkten verloren haben.

Triebfeder des Handelns war das politisch gewollte und geförderte, ungezügeltere und staatliche nicht gehegte Renditestreben. An ihm hatte sich die ganze kapitalistische Welt infiziert! Es hat letztendlich die Krise ausgelöst, die die Wirtschaft in allen Ländern der Erde abstürzen läßt und die Menschen – die Reichen und die Armen – ärmer macht.

Die Globalisierung hat bewiesen, daß dieses Streben nicht in allen Fällen den Wohlstand der Menschen maximiert – was aber der Student der Nationalökonomie heutzutage sogar anhand mathematischer Modelle in seinem Studium nachweisen muß.

Für jedermann erkennbar fördert dieses Renditestreben die Wirtschaft dort, wo die Rendite am höchsten ist und nicht dort, wo ein Volk und seine Wirtschaft das Geld am nötigsten bräuchte.

## **3 Wie funktionierte das Geld- und Kreditschöpfungsgeschäft in den USA?**

In den USA hatte man scheinbar das Perpetuum Mobile, eine Methode der unbegrenzten Geldschöpfung durch die Verbriefung von Krediten erfunden .

Und das funktionierte so:

Die Kreditmenge, die eine Bank vergeben kann (in ihrer Bilanz als Forderungen ausgewiesen), ist relativ begrenzt. Sie hängt von der Höhe des Eigenkapitals und der Menge des Bargeldes ab, das eine Bank hat.

Nehmen wir der Einfachheit halber eine gesetzlich vorgeschriebene Eigenkapitalquote und Bargeldhaltungsquote von 10% an, so daß das Eigenkapital einer Bank 10 Prozent des Gesamtkapitals betragen muß, dann könnte eine Bankbilanz nachstehendes (idealtypisches) Aussehen haben:



Aktiva	Bankbilanz		Passiva
Bargeldreserve	10	Eigenkap.	10
Forderungen	90	Fremdkapital	90
Sum. Vermög.	100	Sum. Kapital	100

Eine bestimmte Bargeldquote muß jede Bank halten, um die laufend anfallenden Bargeldabhebungen auszahlen zu können.

Unsere Bank kann keine weiteren Forderungen (Kredite) vergeben, da sie ihr Kontingent ausgeschöpft hat und die Eigenkapitalquote auf 10 % des Gesamtkapitals gesunken ist.

Doch wenn es der Bank gelingt, ihre Forderungen zu verkaufen, z.B. 80 der gesamten Forderungen, so daß sie wieder über Bargeld von  $10 + 80 = 90$  verfügt und folgende Bilanz ausweist:

Aktiva	Bankbilanz		Passiva
Bargeld	90	Eigenkap.	10
Forderungen	10	Fremdkapital	90
Sum. Vermög.	100	Sum. Kapital	100

dann kann die Bank erneut Kredite in Höhe von 80 vergeben und so auf gleichsam wundersame Weise neues Kreditgeld schöpfen.

Und genau dieses Geschäft hat man in den USA betrieben und man war stolz darauf, denn man konnte das Geschäft beliebig oft wiederholen und immer wieder Gewinne dabei abschöpfen:

Man bündelte die Forderungen (es waren nicht nur Hypothekenforderungen, sondern auch Forderungen aus Konsumenten- oder Kreditkartenkrediten darunter) zu Wertpapieren und verkaufte sie an Investmentbanken und sonstige Finanzinvestoren (Versicherungen, Wertpapierfonds). Dabei verdiente man gut und immer wieder, und man hatte das Risiko aus dem Kredit auf die Käufer (die neuen Eigentümer der Forderungen) abgewälzt. Und auch diese Käufer machten ein sehr einträgliches Geschäft daraus – das sogenannte Fristentransaktionsgeschäft – dessen Funktionsweise in Abhandlung „Ausverkauf der deutschen Wirtschaft“ in <http://www.hpatzak.de> erklärt wird.

Die größte Unverschämtheit allerdings war es, diese ertragreiche Risikoabwälzung auf andere Banken, Versicherungen, Unternehmungen und Haushalte in allen Erdteilen als innovative Form der Risikooptimierung zu preisen.

Die Eliten aus Politik und Wirtschaft schauten dem dreisten Treiben der Banken- und Finanzwelt in ehrfürchtiger Hochachtung zu. Die einen wußten, was sie taten, die anderen schauten zu, ohne einzuschreiten. Die Eliten aus Wirtschaft und Politik haben die volle Verantwortung für das, was geschah und heute noch geschieht.

Alle Instanzen der Wirtschaft, Unternehmen, Haushalte, Versicherungen, sogar kirchliche Organisatoren, versuchten, an der Jagd nach den unerhört hohen Renditen teilzuhaben. Sie befolgten den ideologischen Grundsatz unserer Zeit – der den Menschen aber nicht bewußt zu sein scheint: „Alles ist gut, was die Rendite steigert.“

## 4 Warum die Finanzkrise ausbrechen und zur größten Weltwirtschaftskrise mutieren mußte

Die Hypotheken- und Investmentbanken der global kapitalistischen Welt hatten ihre Kredit- und Geldschöpfungsorgien je länger desto toller getrieben. Sie steigerten ihre an Immobilienkäufer vergebenen Kredite. Und – was von noch größerer Bedeutung war – sie



steigerten auch die Kreditvergabe an die Finanzinvestoren (Heuschrecken), die Hedgefonds und Großunternehmen, die weltweit auf dem Feld der Unternehmungsaufkäufe tätig waren.

Das Zeitalter der unendlichen Geld- und Kreditvermehrung und der Renditesteigerung schien angebrochen zu sein.

So lange die Vermögenswerte (Immobilienpreise und vor allem die Unternehmungspreise) stiegen, lief alles gut. Auch wenn die Schuldner – ob Haushalte oder Unternehmen – sich einmal überhoben hatten, war dies kein Problem, schließlich stieg der Vermögenswert, während der Wert der Schulden sich nicht veränderte, sondern mit den Tilgungszahlungen sich verminderte. Im Notfall hätten Schuldner ihre Kaufobjekte ja mit Gewinn weiter veräußern können.

Interessant und neu bei dieser Entwicklung war, daß eine Inflation der Vermögenswerte erfolgte, während die Preise auf den Konsumgütermärkten relativ gering anstiegen. Dieser Inflation der Vermögenswerte wurde von den Notenbanken und den Wirtschaftspolitikern auf der ganzen Welt wenig Bedeutung zugemessen, so daß man nichts dagegen unternahm.

Als der Anstieg der Vermögenspreise (Immobilien und Unternehmen) ein jähes Ende nahm, als die Preise zu fallen begannen, waren die hohen und riskanten Schulden höher als die Vermögenswerte. Wer jetzt in Nöte kam, ob Privathaushalt oder Unternehmen, war nicht mehr in der Lage, aus den Vermögenswerten seine Schulden (Tilgung und Zinsen) zu bezahlen.

Zur gleichen Zeit hatte sich bei den Finanzanlegern (Banken, Versicherungen) herumgesprochen, daß es um die Sicherheit der grundstücks-, forderungs- und unternehmensbesicherten Wertpapiere, die auf dem US-Banken- und Finanzmarkt in bedenkenloser Menge geschöpft worden waren, eigentlich sehr schlecht bestellt war.

Die Finanzanleger und Renditespekulanten trauten den angeblich so sicheren Wertpapieren nicht mehr und wollten keine mehr kaufen. Im Gegenteil, sie wollten sie jetzt loswerden. Die Kurse der Papiere begannen zu bröckeln und in zunehmendem Sturzflug einzubrechen.

Und so begann der Zerfall der „wundersamen“ Geldschöpfungskette bei ihrem letzten Glied, den Verkäufern der kurzfristigen Wertpapiere aus dem Fristentransaktionsgeschäft. Sie konnten ihre Wertpapiere nicht mehr verkaufen.

Doch diese Verkäufer (die IKB z.B.) waren auf den Verkauf angewiesen, weil sie aus den Verkaufserlösen ihrer kurzfristigen Papiere die zuvor eingekauften langfristigen Papiere (immer wieder) bezahlen mußten. Das konnten sie nicht mehr, aber auch den vor ihnen liegenden Gliedern der Schuldner- und Gläubigerkette fehlte das Geld. Alle wurden wie „Dominosteine“ umgerissen.

Die Finanzkrise hatte ihren Anfang genommen. Sie war zu Beginn eigentlich nur eine Liquiditätskrise.

## **5 Warum aus der Finanzkrise eine Wirtschaftskrise werden mußte**

Betrachten wir wieder unsere Bankbilanz:

Aktiva	Bankbilanz		Passiva
Bargeldreserve	10	Eigenkap.	10
Forderungen	90	Fremdkapital	90
Sum. Vermög.	100	Sum. Kapital	100

Auf der linken Bilanzseite stehen die Forderungen. Zu ihnen gehören auch die Wertpapiere. Der Wert dieser Papiere brach ein. Die notwendigen Wertminderungen (Abschreibungen) mußten verbucht werden. Es waren Verluste, die das Eigenkapital auf der rechten Seite der Bilanz minderten.

Das Eigenkapital ist aber die Voraussetzung für die Kreditvergabe. Wenn es infolge der Verluste sinkt, muß die Bank ihre Kreditvergabe vermindern.

Wenn die Banken der Wirtschaft weniger Geld (Kredite) zur Verfügung stellen können (Kreditklemme), dann müssen die Unternehmen ihre Produktion verringern.

Mit der sinkenden Produktion werden nicht benötigte Arbeitskräfte entlassen, die Einkommen und die Nachfrage in einer Volkswirtschaft sinken. Auch die Steuereinnahmen des Staates müssen sinken.

In einer funktionierenden Marktwirtschaft müßten mit der sinkenden Nachfrage auch die Preise sinken, zumindest weniger steigen als zuvor.

Nach der klassischen Lehre der Nationalökonomie, der liberalen Schule, käme der Preisverfall (Deflation) erst zum Ende, wenn die Preise so tief gesunken sind, daß es sich für die Subjekte einer Volkswirtschaft (Haushalte und Unternehmen) wieder lohnt (oder es den Nachfragern aufgrund des gestiegenen Geldwertes wieder möglich ist), Konsumgüter, Investitionsgüter, Rohstoffe und Halberzeugnisse nachzufragen.

Dem setzte die Neue ökonomische Lehre von J.M. Keynes die Forderung entgegen, durch zusätzliche Staatsnachfrage, die natürlich mit Staatsschulden finanziert werden muß, für eine ausreichend hohe Gesamtnachfrage und Vollbeschäftigung zu sorgen.

Die Politik hat demnach 2 Handlungsalternativen:

In der ersten großen Weltwirtschaftskrise hatte die Politik zunächst der klassischen Lehre des Liberalismus vertraut. Auch in Deutschland. Rigorose Sparmaßnahmen sollten die Krise beenden. In die Geschichte eingegangen sind die Brüning'schen Notverordnungen, die sogar eine Kürzung der Beamtgehälter verordneten. Die Krise konnte so nicht beendet werden. Erst als Adolf Hitler Reichskanzler geworden war und auf Anraten eines Beamten aus dem Wirtschaftsministerium, Wilhelm Lautenbach, die Staatsausgaben erhöhte, konnte die Krise – sogar relativ schnell – beendet werden.

Die Politik der Staatsausgabensteigerung (direkt oder indirekt durch Steuersenkung) zum Abwenden oder Beenden eines Wirtschaftseinbruches wird heute von allen Staaten dieser Erde angewendet.

Doch bei der konkreten Ausführung dieser Politik können noch viele Fehler gemacht werden, wie in den weiteren Ausführungen gezeigt werden soll

## 6 Die Krisenbekämpfung durch Konjunkturprogramme

### 6.1 Die prinzipiellen Möglichkeiten einer expansiven Beschäftigungs- und Wachstumspolitik

Im Prinzip hat ein Staat zwei Möglichkeiten, den Wirtschaftsablauf seiner Volkswirtschaft zu beeinflussen:

(1) Die Geld- und Währungspolitik und (2) die Fiskalpolitik.

Für die Geld- und Währungspolitik sind heute die Notenbanken zuständig. Sie sind angeblich unabhängig von den Regierungen der Staaten oder autonomen Währungsregionen (wie die EU z.B.). Ihre vornehmste Aufgabe ist die Erhaltung des Geldwertes. Weiterhin ist es ihre Aufgabe, Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum in ihrem Geltungsbereich positiv zu beeinflussen.

Das erreichen die Notenbanken durch Änderungen des Leitzinses (Diskontsatzes) oder Änderung der Geldmenge. In einer Rezession (Konjunkturreinbruch) geschieht dies konkret durch Zinssatzsenkungen bzw. Erhöhung der Geldmenge.

In dieser Krise haben die Notenbanken die Möglichkeit der Zinssatzsenkungen nahezu komplett ausgereizt. Ihnen verbleibt zusehends nur noch die Möglichkeit, durch Erhöhung der Kredite an die Geschäftsbanken auch die Geldmenge zu erhöhen, um die Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern zu steigern.

Als fiskalpolitische Mittel stehen den souveränen oder nur noch teilsouveränen Staaten die Senkung der Steuern und die Erhöhung der Staatsausgaben zur Verfügung. Damit soll die Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern (Maschinen) gesteigert werden.

Schauen wir uns an, was eine Regierung in einem Staat konkret [tun](#) kann. Sie hat die Möglichkeiten:

zusätzliche staatliche Konsumausgaben tätigen (Zahl der Beamten erhöhen) oder

zusätzliche Staatsinvestitionen tätigen – Infrastrukturinvestitionen (Straßen, Schulen z.B.).

Die Regierung kann private Investitionen der Unternehmen erleichtern durch Senkung der Unternehmenssteuern z.B. oder

die Bürger durch Steuersenkungen entlasten, damit sie mehr ausgeben (Konsumsteigerung) oder

sie kann direkte Zuweisungen (Transferzahlungen) an Haushalte erhöhen (Kindergeld z.B.).

In jedem Fall muß sich der Staat verschulden.

Bei den neoliberalen Puritanern des reinen angewandten Kapitalismus stellt dies seit geraumer Zeit ein Sakrileg dar. Sie jammern von der Schuldenlast, die künftige Generationen abtragen müßten.

Doch die Alternative wäre ein Einkommensverlust heute, in Folge der Krise, den künftige Generationen ja auch erst einmal abarbeiten müßten.

Deshalb stellt sich bei der Debatte über den Vorteil oder Nachteil von Staatsverschuldungen die eigentliche Frage: Was ist größer? Die Einkommensverluste von heute, die sich ergeben würden, wenn der Staat keine Schulden macht oder die Schuldentrückzahlung auf einem Volkseinkommensniveau, das wesentlich höher liegt – weil die Schuldenaufnahme das Absacken des Volkseinkommen verringert hat.

Diese Frage wird von den Dogmatikern des neoliberalen Totalkapitalismus nicht gestellt. Auch die wohlbestallten Beamten auf den Lehrstühlen unserer Universitäten und Hochschulen gehen auf diese Frage nicht ein.

## 6.2 Das Konjunkturpaket 1

### 6.2.1 Der Sachverhalt

Großspurig verkündete die Bundeskanzlerin am 03.11.2008, das Konjunkturpaket 1 der Regierung werde in den beiden kommenden Jahren einen Impuls von 50 Milliarden Euro geben.<sup>6</sup> Schauen wir uns die konkreten Maßnahmen dieses ersten Konjunkturprogramms an:

- Die Kraftfahrzeugsteuer für Neuwagen wird eine Zeitlang ausgesetzt;
- die Privathaushalte können bei Handwerkerrechnungen mehr Steuern sparen;
- höheres Kindergeld und höherer Kinderfreibetrag sollen die Haushaltskasse verbessern;
- Ab 2009 wird die Arbeitslosenversicherung auf 2,8 Prozent gesenkt.
- Ab 2010 sollen die Krankenversicherungsbeiträge steuerlich stärker berücksichtigt werden.

Schaut man die konkreten geplanten Zahlungen an, die zum Teil erst in der zweiten Jahreshälfte 2009 oder gar für Jahr 2010 geplant waren, so ergibt sich folgendes Bild:

in Mrd. Euro	2009	2010
Investitionen Verkehr energieeffizientes Bauen	1,3	1,4
Steuermind. Priv. Haushalte	0,4	1
Steuerminderung für Unternehmen	2,2	4,7
Summe	3,9	7,1
Summe beide Jahre	11	
Multiplikator (durchschnittlicher): erwünschtes zusätzliches Einkommen	4,545	50

Ergebnis: Konjunkturpolitisch wirksam sind im Jahr 2009 zunächst nur: 3,9 Mrd. Euro! Sie sollen den Impuls für ein zusätzliches Wirtschaftswachstum geben, das den erwarteten Rückgang des Sozialproduktes infolge der Krise wieder ausgleicht.

Zuerst muß eines festgestellt werden:

Wenn die Konjunktur Ende 2008 und Anfang 2009 einbricht, dann können Ausgabesteigerungen zur Verhinderung dieses Einbruchs, die erst in der Mitte des Jahres 2009 oder gar erst 2010 einsetzen, gar nichts bewirken.

Konjunkturpolitisch wirksam sind zunächst nur 3,9 Mrd. Euro, die im Laufe des Jahres 2009 ausgegeben werden. Reichen sie aus, den erwarteten Einbruch auszugleichen?

Die Deutsche Regierung geht davon aus, daß infolge dieses Impulses in den Jahren 2009 bis 2010 eine Erhöhung des Volkseinkommens um  $4,545 \times 11 = 50$  Mrd. Euro entsteht.

Sie rechnet dabei mit einem durchschnittlichen [Multiplikator von 4,545](#).

---

<sup>6</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 03.11.2008 Seite 11.

Erklärung: Was hat man unter einem Multiplikator in Nationalökonomie zu verstehen?

Die Nationalökonomie hat festgestellt, daß jede Ausgabe eines Wirtschaftssubjektes (hier Staat) die Einnahmen eines anderen Wirtschaftssubjektes (z.B. die Einkommen der Privathaushalte) erhöht. Die Zahlungsempfänger geben wiederum einen Teil ihrer Einnahmen aus. Bei den Haushalten sind das die um das Sparen verminderten Konsumausgaben.

So entsteht eine Kette von zusätzlichen Ausgaben, deren Summe um ein Mehrfaches höher ist als der ursprüngliche Anstoß, die zusätzlichen Ausgaben des Staates.

Der Multiplikator ist also die Zahl, mit der man eine einmalige Ausgabensteigerung multipliziert, um die daraus entstehende Gesamteinkommenssteigerung (Erhöhung des Sozialproduktes) in einer Volkswirtschaft zu ermitteln.

	zus. Nachfrage		Multiplikator	=	SozProd +
Jahr 2009	3,9	*	4,545	=	17,73
Jahr 2010	7,1	*	4,545	=	32,27
					50,00

Die allgemeine Formel, mit der man den Multiplikator berechnet lautet:

$$S_n = \frac{dI}{1 - c - m} = \frac{dI}{(1 - c) - m} = \frac{dI}{s - m}$$

Wobei c für die Konsumquote steht, s für die Sparquote und m für die Investitionsquote. Diese Größen können empirisch ermittelt werden. Das Problem ist, daß diese Größen sich permanent ändern (insbesondere in Krisenzeiten) und daß sie in den einzelnen Volkswirtschaften unterschiedlich sind.<sup>7</sup>

Die zusätzlichen Ausgaben im Jahr 2009 in Höhe von 3,9 Mrd. Euro lassen ein zusätzliches Volkseinkommen von 17,7 Mrd. Euro entstehen. Doch reicht dies aus, die erwarteten Einkommensminderungen durch die Rezession auszugleichen?

## 6.2.2 Wie groß müßte der staatliche Impuls für die Deutsche Wirtschaft sein

um den zu erwartenden Einbruch auszugleichen?

Wie war die Entwicklung des Bruttoinlandprodukts in den letzten Jahren und wie groß ist das [Bruttoinlandsprodukt](#) im Jahr 2008?

**Definition:** Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist der Wert der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen (Wertschöpfung), soweit diese nicht als Vorleistungen für die Produktion anderer Waren und Dienstleistungen verwendet werden (Definition des Bundesamtes für Statistik).

Bruttoinlandsprodukt/Jahr	Veränd. %	Mrd. €
2006		2.321,50
2007	4,37%	2.422,90
2008	2,85%	2.492,00

Wie waren die Prognosen für das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2009?

<sup>7</sup> Ich gehe davon aus, daß bei der Ermittlung des Multiplikators in Höhe von 5,45 die notwendige Sorgfalt verwendet wurde. Die Zahl stammt aus „Der Spiegel 2008, Nr. 49, Seite 27.“

Prognosen Ende 2008	Veränderung in 2009	
Deutschen Bank, 05.12.2008:	-4,00%	-99,68
IFO München, 12.12.2008	-2,20%	-54,82
Bundesregierung, Mitte Dez.2008	-3,00%	-74,76
Bundesregierung, 06.12.2008	-1,00%	-24,92

Wie war die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes<sup>8</sup> im Jahr 2008?

Veränderung des	Quartal	Veränd. %
Bruttoinlandsproduktes in 2008	1	1,50%
	2	-0,50%
	3	-0,50%
	4	-2,10%

Die Tabelle zeigt, daß sich die Rezession sich bereits im Jahr 2008 stetig beschleunigt hat! Die Absatz- und Umsatzzahlen, sowie der Rückgang der Auftragseingänge insbesondere im vierten Quartal quer durch alle Branchen der deutschen Wirtschaft haben das überdeutlich gemacht. Wie konnte die Bundesregierung noch am 12. Dezember davon ausgehen, daß die Wirtschaft im Jahr 2009 nur um 1 Prozent einbrechen würde? Wenige Tage zuvor, noch Anfang Dezember, hat sie in der Öffentlichkeit sogar noch bekundet, daß sie ein positives Wachstum von 0,2 Prozent erwarte! Es steht völlig außer Frage, daß die Deutsche Regierung unangemessen und verantwortungslos gehandelt hat.

Wie groß hätte der Anstoß der Staatsausgaben sein müssen, um den zu erwarteten Rückgang aufzufangen?

Prognosen Ende 2008			notwendiger Anstoß	es fehlen	in Prozent
Deutschen Bank, 05.12.2008:	-4,00%	-99,68	21,932	-18,03	-462%
Deutschen Bundesbank, 06.12.2008	-0,80%	-19,94	4,386	-0,49	-12%
IFO München, 12.12.2008	-2,20%	-54,82	12,062	-8,16	-209%
Bundesregierung, Mitte Dez.2008	-3,00%	-74,76	16,449	-12,55	-322%
Bundesregierung, 06.12.2008	-1,00%	-24,92	5,483	-1,58	-41%
Effektiver Anstoß, Konj.Paket 1			<u>3,900</u>		

Mit dem sogenannten Konjunkturpaket 1 hat die Deutsche Regierung einen einmaligen Anstoß zur Erhöhung des Bruttoinlandsproduktes in Höhe von 3,9 Mrd. Euro gegeben. Das ist selbst bei einer Minderung des Bruttoinlandsproduktes in Höhe von nur 1 Prozent um 41% Prozent zu wenig, um die prognostizierte Rezession (von nur 1 Prozent) verhindern zu können.

Die letzte Spalte der Tabelle zeigt, in welchem Ausmaß das Konjunkturpaket 1 sein Ziel verfehlt, wenn die Rezession 2,2%, 3% oder 4 Prozent Minderung des BIP verursachen würde.

Es hätte jedermann klar sein müssen, daß dieser Betrag nicht ausreichen konnte, den kommenden Wirtschaftseinbruch zu verhindern.

### 6.2.3 Das Urteil der Medien über das Konjunkturpaket 1

Das Urteil der mit Wirtschaftsfragen befaßten Medien über dieses Konjunkturpaket fiel dementsprechend aus. An diesem Ort sei nur eine Quelle zitiert: Heike Göbel, FAZ-Chefredakteurin für Wirtschaft, stellte fest<sup>9</sup>:

<sup>8</sup> Bundesamt für Statistik

<sup>9</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 03.11.2008 Seite 11.

„Union und SPD haben lediglich das zusammentragen, was sie als Wahlgeschenk sowieso geplant hatten: hier eine Steuererleichterung zugunsten des Handwerks, dort eine zugunsten der Autoindustrie und günstigere Abschreibungsregeln für alle als Investitionsanreiz.

Dann die üblichen subventionierten Kredite für den Mittelstand und Hilfen für die Bauwirtschaft, in Form ökologisch korrekter Gebäudesanierung.

Flankierend wird das Kurzarbeitergeld auf eineinhalb Jahre verlängert. Das alles hilft nicht viel, weil es in erster Linie Mitnahmeeffekte produziert.“

Zusammenfassend stellt Heike Göbel fest: „Wäre die Lage wirklich so schwarz, wäre das geplante Konjunktursammelsurium wohl kaum die angemessene Antwort. Unternehmen investieren in unsicheren Zeiten nicht, weil neue Abschreibungsregeln die Steuerlast nach hinten schieben oder niedrige Realzinsen noch weiter heruntersubventioniert werden, sondern dann, wenn sie für ihre Produkte einen Markt sehen.“

Gerade die letztgenannte Erkenntnis ist ein ganz gravierender Punkt der Kritik, sowohl an den Maßnahmen des Konjunkturpaketes 1 als auch an denen des Konjunkturpaketes 2, wie wir noch sehen werden. Wir wollen die Kritik noch anschaulicher formulieren:

Kein Unternehmer investiert in neue Maschinen, wenn die alten nur halb ausgelastet sind, bloß weil er zusätzliche Maschinen günstiger abschreiben und somit momentan Steuern sparen könnte! Die sind ja ohnehin schon niedrig, wenn er keinen oder nur geringen Gewinn macht.

Entscheidende Hilfe kann nur aus zusätzlichen Investitionsausgaben des Staates kommen, der die Unternehmen veranlaßt, mehr zu produzieren, wodurch insgesamt mehr Einkommen entsteht. Reparaturarbeiten sind keine zusätzlichen Investitionen!

Nur wenn die Beschäftigten das sichere Gefühl haben, daß ihr Arbeitsplatz nicht gefährdet und ihr Einkommen sicher ist, dann haben sie auch keinen Anlaß, durch zusätzliches Sparen für eine unsichere Zukunft Vorsorge tragen zu müssen.

Das Konjunkturpaket 1 war völlig unzureichend und konnte von Anfang an das vorgegebene Ziel – den Wirtschaftseinbruch zu verhindern – nicht erreichen.

#### **6.2.4 Die Wendehals-Politik einer überforderten Deutschen Kanzlerin Merkel**

In den letzten Wochen des alten und den ersten Wochen des neuen Jahres (2009) offenbarte die Kanzlerin mit ihren Worten und Taten, daß sie den Anforderungen, die Wirtschaft und Politik in der Krise stellen, in keiner Weise gewachsen ist. Sie zelebrierte nahezu täglich, daß die nach dem Anschluß der DDR so viel zitierte Wendehalspolitik ihr in Fleisch und Blut übergegangen ist <sup>10</sup>.

Am **19. Oktober**, also noch vor der Verabschiedung des ersten Konjunkturpakets, sagt sie, daß sie nichts von „beliebigen breit gestreuten Konjunkturprogrammen“ halte. Danach machte sie sich ans Werk zum ersten Konjunkturpaket!

Am **23. November** wandte sich Frau Merkel **gegen Steuersenkungen** mit Verweis auf die steigende Staatsverschuldung: „Wir sind jetzt bei einer Nettoneuverschuldung von über 18 Milliarden Euro“.

---

<sup>10</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.01.2009 Seite 2



Nach der Verabschiedung des 1. Konjunkturprogramms hob sie gerade die Steuersenkungen hervor. Sie lobte sich sogar für die Wiedereinführung der Pendler-Pauschale, die das Bundesverfassungsgericht erzwungen hatte.

Von einem zweiten Konjunkturpaket wollte sie nach der Verabschiedung des 1. Paketes nichts wissen. Doch nach und nach wurde auch ihr klar, daß dieses zweite Paket unumgänglich war.

Am **30. November** sagte Angela Merkel, es sei „Unsinn, jetzt etwa neue Straßenbaumittel einzustellen“. „Das ergibt auch konjunkturpolitisch keinen Sinn.“ Beim Wähler wollte sie mit der Bemerkung punkten: „Die Steuerzahler sind meine Verbündeten!“

Am **1. Dezember** sagte sie: „Wir können die Staatsverschuldung nicht hochtreiben, nur um das Gefühl zu haben, wir hätten etwas gemacht. Puren Aktionismus wird es mit mir nicht geben. Ich setze auf Augenmaß statt Augenwischerei.“

Am gleichen Tag prägte Merkel auf dem Stuttgarter CDU-Parteitag das Bild von der schwäbischen Hausfrau, deren Lebensweisheit sei: „Man kann nicht auf Dauer über seine Verhältnisse leben.“

Am **4. Dezember** lehnte die Bundeskanzlerin es ab, über weitere konjunkturfördernde Maßnahmen und Steuersenkungen zu spekulieren.

Doch schon am **16. Dezember** kündigte Frau Merkel das zweite Konjunkturpaket mit den Worten an: „Ich denke, daß da noch mal einige Milliarden zustande kommen.“

Am **19. Dezember** sagte die Kanzlerin, ein zweites Konjunkturpaket solle vor allem dem Ausbau der Infrastruktur gelten.

Am **11. Januar** hieß es von ihr: „Ich halte einen Einstieg in eine Korrektur der kalten Progression konjunkturell und strukturell für richtig,“ d.h. also, daß sie jetzt Steuersenkungen, Staatsausgabensteigerungen und eine höhere Staatsverschuldung für richtig, also notwendig halte. Gerade das hatte sie in den Wochen zuvor vehement abgelehnt.

Von Beginn an hatte sie gesagt, daß sie sich „alle Optionen offen halte, alle“. Damit hatte sie den Deutschen eigentlich zu erkennen gegeben, daß sie von den Dingen, die da geschehen, keine Ahnung hat, weshalb sie sich vorbehalten will, ihre Meinung ständig zu ändern. Das hat sie dann auch oft genug getan.

### **6.2.5 Kann Finanzminister Steinbrück Wunder wirken?**

Wenn nicht, dann lügt er offenkundig. Er plant die Einrichtung einer sogenannte „Bad Bank“, die den Banken in Deutschland die im Laufe der Krise wertlos gewordenen „giftigen“ Wertpapiere abnimmt. In aller Öffentlichkeit behauptete er: „Die „giftigen Papiere“ werden die Steuerzahler nicht belasten“.

Das kann aber gar nicht sein, handelt sich doch um insgesamt 853 Milliarden Euro, für die der Staat die Haftung als Bürge übernimmt. Zum Vergleich: Der Bundeshaushalt hatte im letzten Jahr ein Volumen von 283 Mrd. Euro. Die Banken bekommen momentan gar nichts für diese Papiere. Eigentlich müßten sie die Papiere mit 0 in der Bilanz ansetzen.

Die Summe von 853 Mrd. Euro übersteigt bei weitem die Summe ihres Eigenkapitals. Selbst wenn die Abschreibungen auf diese Papiere nur 50 Prozent betragen würden, wäre das immer noch weit mehr als das Eigenkapital der Banken, das dadurch voll aufgezehrt würde. Das wiederum hätte den Konkurs jeder betroffenen Bank zu Folge, der von der Regierung unbedingt verhindert werden muß, um einem Zusammenbruch des Finanzsystems zu entgehen.

Natürlich wagt niemand, den Finanzminister öffentlich der Lüge zu bezichtigen. Mehr oder weniger offen tut das die FAZ aber doch. In ihrer Ausgabe vom 23.04.09 schreibt sie:

„Bundesfinanzminister Steinbrück verspricht, die giftigen Papiere werden den Bundeshaushalt nicht belasten aber... in letzter Konsequenz haftet der Steuerzahler“. Der Finanzminister hat mit keinem Wort begründet, wie er diese Haftung vermeiden will. Er meint nur, die Papiere könnten nach der Krise wieder an Wert gewinnen. Eine sachliche Begründung für das „könnten“ hat er nicht. Es geht hier nicht um die Frage ob, sondern wieviel die Deutschen werden zahlen müssen. Werden sie Herrn Steinbrück zur Rechenschaft ziehen, wenn der Fall dann eintritt oder werden sie alles vergessen haben? Wie war das bei Herrn Blüm, der einmal erzählte, die Rente sei sicher?

## 6.3 Das Konjunkturpaket 2

Das Vorgeplänkel:

Die Prognosen für das Wirtschaftsjahr 2009 hatten sich im Dezember 2008 zunehmend und mit anschwellender Tendenz verschlechtert.

Seit Mitte Dezember 2008 war, entgegen der öffentlichen Beteuerungen der Kanzlerin und der Regierung klar, daß man ein zweites Konjunkturprogramm werde auflegen müssen.

### 6.3.1 Die Prognosen im Dezember 2008

Bis 15.12.2008 war die Bundesregierung noch immer von einer Steigerung des Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2009 in Höhe in Höhe 0,2 Prozent ausgegangen. Jetzt erwartete sie einen Rückgang von 3 [Prozent](#).

Die Deutsche Bank erwartete ein Schrumpfen von bis zu vier Prozent.

Die [Bundesbank](#) prognostizierte eine Verminderung um 0,8%.

Der Unternehmerverband [Hessenmetall](#) erwartete, daß im Frühjahr 4 Prozent weniger Menschen beschäftigt sein werden als ein Jahr zuvor.

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung ([RWI](#)) prognostizierte am 11.12.2008 eine Verminderung des Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 2 Prozent.

Auch diese Prognosen waren sehr bald von der Realität überholt worden, wie wir heute wissen.

### 6.3.2 Die Maßnahmen des Konjunkturpaketes 2

Am 22.02.09 stimmte der Bundesrat dem Konjunkturpaket 2 zu. Auch die FDP war letztendlich dafür, obwohl ihr Vorsitzender „Westerwelle“ in der Parlamentsdebatte die Regierungsparteien heftigst angegriffen hatte.

Die Medien berichteten, daß dieses zweite Paket insgesamt Ausgabensteigerungen und Steuersenkungen in Höhe 50 Milliarden Euro vorsehe. Doch wieder ging es dabei nicht um einen einmaligen Anstoß zur Erzeugung eines Gegenstroms, der den immer schneller werdenden Wirtschaftseinbruch stoppen könnte. Wieder sollte ein sich über zwei Jahre erstreckendes „Geklecker“ von punktuellen Steuersenkungen und Ausgabensteigerungen die Krise besiegen.

Schauen wir uns die Maßnahmen im einzelnen an:

	2009	2010	Summe
Deutschlandfonds	11,667	1,667	13,334
Bundesinvestitionen	2,000	2,000	4,000
Kinderbonus 100 €	1,800		1,800
Erhöhung KiGeld 01.07.09	0,176	0,346	0,522
Weiterbild.Umschulung	0,710	1,260	1,970
Erweiterung Weiterbildung	0,070	0,070	0,140
Qualifizg. von ArbNehmern	0,200	0,200	0,400
Sozialversich. Kurzarbeiter	1,000	1,100	2,100
Zus.Kosten für Vermittlg.	0,400	0,400	0,800
Darlehen an Arb.Agentur		1,000	1,000
KfZ-Steuerminderung	0,170	0,170	0,340
Abwrackprämie	1,500		1,500
Innovative Antriebstechn.	0,250	0,250	0,500
Innovationen für Mittelstd.	0,450	0,450	0,900
Bundesgarantie - evtl.	1,000	1,000	2,000
GesKV- Senkung Beitrag	3,000	6,000	9,000
Steuern	2,890	6,058	8,948
	27,283	21,971	49,254

Angela Merkel lobte sich und die Regierung wörtlich: „So wird es uns gelingen, daß Deutschland stärker aus der Krise herauskommt, als es hineingegangen ist“.

Allerdings muß wieder festgestellt werden, daß die für das Jahr 2010 geplanten Ausgaben keinerlei Einfluß auf die Konjunkturentwicklung im Jahr 2009 haben können. Es geht allein um die Frage, ob die für 2009 geplanten Ausgaben ausreichen, den Konjunkturreinbruch abzuwenden?

Die Summe der geplanten Konjunkturimpulse im Jahr 2009 beträgt 27.283 Euro. Aus ihr errechnet sich mit dem Multiplikator von 4,54 Prozent ein Anstieg des Sozialproduktes von 124 Mrd. Euro. Dem steht eine von der Regierung erwartete Sozialproduktminderung von 3% gegenüber, was rund 76 Mrd. Euro entspricht.

Auf den ersten Blick kommt man also zu dem Ergebnis, daß dieses Konjunkturpaket ausreicht, den erwarteten Wirtschaftseinbruch abzufangen.

Doch es gilt noch eine Reihe von gewichtigen Aspekten zu berücksichtigen:

Als das Konjunkturpaket aufgestellt und verabschiedet wurde, waren die Prognosen aus dem Dezember 2008 längst überholt.

Im Dezember hielten die Forschungsinstitute noch ein Schrumpfen der deutschen Wirtschaft um 2 Prozent für wahrscheinlich. Im Februar waren diese Schätzungen schon auf durchschnittlich – 4 Prozent gesunken. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft prognostizierte – 3,7 Prozent, die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) errechnete – 4,7 Prozent. Doch der Trend hielt weiter an:

Die Commerzbank hatte im März sogar schon einen Rückgang um 7 Prozent prognostiziert, als die acht Konjunkturforschungsinstitute Deutschlands im April eine Prognose für das Jahr 2009 in Höhe von 6 Prozent veröffentlichten. Einen interessanten Einblick in die Szene repressiver Einflußnahmen auf „unabhängige“ Forschungsinstitute in unserer „freien Demokratie“ gibt ein kleiner Nebensatz, den man in der FAZ lesen konnte: „Die Regierung

hätte es dem Vernehmen nach lieber, wenn in dem Gutachten aus optischen Gründen eine 4 vor dem Komma stünde“.<sup>11</sup>

Geht man von neuesten Prognosewerten aus, so kommt man zu folgendem Ergebnis:

Prognosen	Bttoinl.Prod.	entspr.Mrd €	bringt	Differenz
Commerzank	-7,00%	-174,44	124,01	-50,43
6 Konj.Forsch.Institute	-6,00%	-149,52	124,01	-25,51

Es muß also festgestellt werden, daß auch jetzt also mindestens 25 Mrd. Euro oder gar 50 Mrd. Euro fehlen, um den erwarteten Einbruch der deutschen Wirtschaft abzufangen.

Doch damit ist noch lange nicht genug.

Der Multiplikator ist wesentlich niedriger als oben zugrundegelegt wurde, weil die geplanten Ausgaben bzw. Steuererminderungen zum größten Teil nicht am Anfang des Jahres 2009 getätigt werden, sondern erst nach und nach, zum Teil sogar erst in der zweiten Jahreshälfte 2009. Folgende Änderungen werden erst ab 01.07.09 fällig:

Anhebung des Grundfreibetrags von 7.664 auf 8004 €

Senkung des Eingangssteuersatzes von 15 auf 14%

Anhebung des Regelsatzes für Kinder von Langzeitarbeitslosen von 60 auf 70%

Umstellung der Kfz-Steuer von Hubraum auf CO<sub>2</sub>-Ausstoß.<sup>12</sup>

Weiterhin ist zu berücksichtigen, daß sich in Krisenzeiten die Sparquote erhöhen wird, weil die Menschen Vorsorge treffen müssen für die nahende und immer wahrscheinlicher werdende Einkommensminderung. Auch das verkleinert den Multiplikator erheblich. Noch jubeln die „Herolde der Regierung“, weil der Konsum in Deutschland sich nicht vermindert, sondern eher noch gestiegen ist. Aber sind das nicht schon die ersten Hamsterkäufe? Die schnell anwachsenden Arbeitslosenzahlen in den USA werden jetzt auch schon für Deutschland prognostiziert!

Im Falle der Abwrackprämie ist zu berücksichtigen, daß sie in erster Linie den ausländischen Produzenten und deren Volkswirtschaften zugute kommt. Im nächsten Kapitel werden wir nachweisen, daß der Multiplikator für diese Staatsausgaben gegen Null tendiert, daß es sich dabei also um sinnlos hinausgeworfene Steuergelder handelt.

Schon der staatlich beabsichtigte Anstoß (Impuls) von angenommen 27,3 Mrd. Euro wird nicht erreicht werden, weil die staatlichen Investitionsträger (Kommunen, Länder und auch der Bund) gar nicht hinreichend auf die zusätzlichen Investitionen, die sie von heute auf morgen tätigen sollen, vorbereitet sind. Sie haben gar nicht die notwendigen Investitionspläne in der Schublade, um die zur Verfügung gestellten Gelder sinnvoll auszugeben.<sup>13</sup>

Schauen wir uns diesen Fall, der auch in den Medien (Der Spiegel) erörtert wurde, also das **Problem der fehlenden Investitionsplanungen**, genauer an.

Gut ein Drittel der Gesamtausgabensteigerung soll in die Infrastruktur fließen, das sind 27,3 Mrd. € : 3, also rund 9 Mrd. Euro im Jahr 2009. Investitionsobjekte sind: Schulen, Universitäten, Kindertagesstätten und Straßen etc.

---

<sup>11</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.04.2009 Seite 13.

<sup>12</sup> FAZ.NET, 15.01.09.

<sup>13</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.01.2009 Seite 13

Im Sommer sollen die Bauunternehmen die Projekte bereits beginnen. Die Hälfte der Projekte muß laut Gesetz vor dem 31. Dezember begonnen werden. Dabei ergeben sich folgende Schwierigkeiten:

Die Kommunen müssen neue Etats erstellen und bei den Ländern (Regierungen) einreichen und genehmigen lassen.

Das Gesetz der Bundesregierung erlaubt nur zusätzliche Ausgaben zu fördern, was ja notwendig ist, weil nur zusätzliche Investitionen die Konjunktur steigern können. Es wird schwer fallen, vorgezogene Reparaturarbeiten als zusätzliche Investitionen umzudeklarieren.

Bei vielen Ausgaben handelt es sich um Gemeinschaftsinvestitionen, an denen sich die Kommunen beteiligen müssen. Was tun, wenn den Kommunen das dazu notwendige Geld fehlt? Wie soll den finanzschwachen Kommunen bei der Kofinanzierung dann geholfen werden?

Je länger die Investitionsausgaben hinausgezögert werden, desto geringer ist der zu erwartende Konjunkturimpuls, weil er später einsetzt!

Der Engpaß sind in jedem Fall die notwendigen Ad - Hoc- Investitionsplanungen. In den mit der Alltagsarbeit beschäftigten Behörden müssen von heute auf morgen neue Pläne erarbeitet werden. An einem anschaulichen Beispiel soll das verdeutlicht werden: Eine normale Schulhaussanierung erfolgt bei laufendem Schulbetrieb. Es müssen Ausweichpläne und evtl. Ersatzbauten eingeplant werden. Erst dann kann das Bauprojekt „Schulsanierung“ ausgeschrieben werden. Und wie gesagt: mindestens die Hälfte der Planungen muß bis Ende 2009 begonnen (!) sein. Da aber ist das Jahr vorbei und der Konjunkturreinbruch – der verhindert werden soll, hat ja seinen Lauf bereits im Jahre 2008 begonnen und verstärkt sich im Jahr 2009 zusehends.

Fassen wir zusammen:

Von den geplanten 9 Mrd. Euro Investitionsausgaben kann auf keinen Fall ein Multiplikator-Effekt von 4,54 ausgehen, weil (1) die Mehrzahl der Ausgaben erst in zweiten Hälfte wirksam wird und weil (2) gar nicht sicher ist, wieviel der geplanten 9 Mrd. Euro im ersten Jahr wirklich ausgegeben werden können.

**Auch bei den Ausgaben für die Kurzarbeit**, für die 1 Mrd. geplant ist, kann nicht mit dem angenommenen Multiplikator (4,454) gerechnet werden, denn

im Vergleich zu zusätzlichen Investitionsausgaben entsteht bei Ausgaben für die Kurzarbeit kein zusätzliches Einkommen, sondern weniger Einkommen als zuvor, weshalb von vornherein nur weniger Ausgaben (für Konsum) getätigt werden.

Hinzu kommt, daß die Sparquote aus dem Kurzarbeiter-Einkommen größer ist, weil die Risikovorsorge für den Fall des vollen Arbeitsplatzverlustes ansteigt.

All die aufgezählten Erwägungen machen deutlich, daß der Multiplikator aus der Staatsausgabensteigerung in Höhe von 27, 3 Mrd. Euro in keinem Fall mit 4,545 angenommen werden kann.

Kommen wir abschließend noch zu der geplanten staatlichen Abwrackprämie für Kraftfahrzeuge. Hier kann ganz leicht berechnet werden, um wieviel Mrd. Euro der Beschäftigungseffekt verfehlt wird – um wieviel also der Multiplikator von der Zahl 4,545 abweicht.

### 6.3.3 Die Abwrackprämie

Im ursprünglichen Konjunkturpaket 2 waren Abwrackprämien in Höhe von 1,5 Mrd. Euro vorgesehen. Infolge der großen Nachfrage nach diesem Preisschnäppchen von 2.500 Euro, die jeder Käufer für sein über 9 Jahre altes Kfz bekommt, wurde der Betrag von der Deutschen Regierung auf 5 Mrd. Euro erhöht. Man hat mit dieser Aktion den Nerv des deutschen Konsumbürgers der Nachkriegszeit getroffen: Konsummaximierung und Schnäppchenjagd.

Wir wollen ganz sachlich berechnen, welcher Beschäftigungseffekt – für die deutsche Wirtschaft – sich aus der spektakulären Prämie erzielen läßt!

Aus der am 25.03.09 in der FAZ veröffentlichten Liste sind die Verkaufszahlen der Autohersteller, die durch die staatliche Abwrackprämie ausgelöst wurden, ersichtlich:

<u>Abwrackprämie, am 25.03.09</u>	FAZ vom 26.03.09, Seite 11		in Deutschland	
Prämie je Auto in Euro:	2.500	Prozent	bleiben	
Volkswagen	170.000	30,02%	425.000.000	425.000.000
Skoda	62.000	10,95%	155.000.000	
Renault Dacia	60.000	10,59%	150.000.000	
Opel	48.000	8,48%	120.000.000	
Toyota	45.000	7,95%	112.500.000	
Ford	37.000	6,53%	92.500.000	
Fiat	31.000	5,47%	77.500.000	
Citroen	24.600	4,34%	61.500.000	
Hyundai	24.500	4,33%	61.250.000	
Peugeot	24.000	4,24%	60.000.000	
Honda	11.000	1,94%	27.500.000	
Nissan	9.000	1,59%	22.500.000	
Seat	5.600	0,99%	14.000.000	
Mazda	5.010	0,88%	12.525.000	
BMW	4.000	0,71%	10.000.000	10.000.000
Suzuki	4.000	0,71%	10.000.000	
Mercedes	1.633	0,29%	4.082.500	4.082.500
Summe	566.343	100,00%	1.415.857.500	439.082.500
Wert	1.415.857.500			31%

Worauf es ankommt:

Bis zur 2. Hälfte im Monat März wurden 566.343 Autos verkauft, für die der Deutsche Staat die Abwrackprämie zahlt. Das waren 1,415 Mrd. Euro.

Welcher Teil dieses Geldes fließt ins Ausland und fördert dort Beschäftigung und Wachstum, nicht aber im Inland?

In der Liste werden 5 Autoproduzenten als deutsch erklärt: Volkswagen, Opel, Ford, BMW und Mercedes. Eigentlich können davon nur noch die Firmen Volkswagen, BMW und Mercedes als deutsche Unternehmen bezeichnet werden, wiewohl auch diese schon zu erheblichen Teilen in ausländischer Hand sind, vor allem die Daimler - AG!

Ford war und ist ein US-Unternehmen, das seine Produktionsstätte auf deutschem Boden hat. Der größte Teil der Arbeiter in den deutschen Produktionsstätten dürfte deutsch sein. Mehr aber nicht. Die Wertschöpfung (Volkseinkommen) der deutschen Volkswirtschaft fließen mit 65 Prozent dem Faktor Arbeit und mit 35 Prozent der Faktor Kapital zu! Das aber ist international, zum überwiegenden Teil amerikanisch.

Opel war einmal ein deutsches Unternehmen, bis es 1929 – noch vor der ersten großen Weltwirtschaftskrise – vom US-Kapital zum Schnäppchenpreis übernommen wurde. Seitdem ist der Wertschöpfungsanteil (jene 35 Prozent des bei Opel produzierten Einkommens) in die USA abgeflossen. Wie es um die Eigentumsverhältnisse wirklich steht, kommt in diesen

Wochen und Monaten deutlich zum Ausdruck, als sogar bekannt wurde, daß auch die in Deutschland von deutschen Ingenieuren entwickelten Patente US-Eigentum geworden sind, die sogar an den Staat USA verpfändet wurden.

Die echten und die sogenannten „deutschen Unternehmen“ erhielten von der vom deutschen Steuerzahler zu zahlende Prämiensumme:

Volkswagen	0	170.000	30,02%	425.000.000
BMW	0	4.000	0,71%	10.000.000
Mercedes	0	1.633	0,29%	4.082.500
Summe 1		175.633	31,01%	439.082.500
Opel	0	48.000	8,48%	120.000.000
Ford	0	37.000	6,53%	92.500.000
Summe 2		260.633	46,02%	651.582.500

Je nach Rechnung kommt man zum Ergebnis, daß den „deutschen Unternehmen“ 31 Prozent bzw. 46% Prozent zugute kommen. Nur von diesem Betrag kann eine Multiplikatorwirkung für die deutsche Volkswirtschaft ausgehen! Also ist für die Kfz-Prämien in Höhe von 1,5 bzw. 5 Mrd. Euro mit einem Multiplikator von weit weniger als 50 Prozent zu rechnen! Er kann wie folgt annähernd berechnet werden:

alter Multiplikator		Anteil deutsch. Unternehmen	=	neuer Multiplikator
4,55	*	46%	=	2,09
4,55	*	31%	=	1,41

Der Multiplikator ist also im Falle der Abwrackprämie wesentlich geringer!

Berücksichtigt man jetzt noch, daß infolge des prämierten verursachten zusätzlichen Neuwagenverkaufs der Absatzmarkt für Gebrauchtwagen in etwa im gleichen Maß geschrumpft ist, wie der Absatz (überwiegend ausländischer Neu-Autos) angestiegen ist, so bleibt von der Multiplikator-Wirkung der Abwrackprämie noch weniger übrig. Autos von BMW und Mercedes werden somit doppelt getroffen: Ihr Absatz von Neuautos steigt nur gering, aber der Gebrauchtwagenmarkt für diese Marken bricht trotzdem ein. Es ist sogar daran zu zweifeln, daß für dieses Marktspektrum überhaupt ein positiver Multiplikator zustande kommt!

Die sogenannte Abwrackprämie hat nur einen Zweck: Die Konsumlust der Schnäppchenjäger wird befriedigt. Das bringt vordergründig Wählerstimmen ein. Die Stimmen der Konsumenten, die dankbar sind, daß es der Regierung so richtet, daß sie in der Krise sogar Vorteile einheimen können. Die Prämie wird trotzdem von den Medien und der Regierung als großartiger Erfolg gefeiert.

Erfolgreich ist sie allerdings nur im Sinne des Stimmenkaufs für die nächsten Wahlen! Der Erfolg dieser Methode des Stimmenkaufs hat sich übrigens in der Westlichen Wertegemeinschaft herumgesprochen. Auch die englische Regierung hat jetzt, Ende April 2009 entschieden, für über 10 Jahre alte Autos eine Abwrackprämie von 2000 Pfund zu zahlen. Auch diese Machthaber wollen wieder gewählt werden.

Aber die Wähler, die sich jetzt kaufen lassen, werden doch noch zur Kasse gebeten, weil sie ja mit ihren Steuern die Abwrackprämie mitfinanzieren müssen – genau so wie die anderen Bürger, die diese Prämie nicht beanspruchen können und weil sie die (nicht gestoppte) Krise in ihrem weiteren Verlauf auch nicht verschonen wird.



## **7 Ergebnis: Die Konjunkturprogramme der deutschen Regierung können den Einbruch nicht verhindern**

Jetzt, da eine Deutsche Regierung zum ersten Mal wirklich gefordert wird, tritt offen zu Tage, daß die Kräfte, die Deutschland regieren, ihrer Aufgabe nicht gerecht werden. Der Auslese-Mechanismus, der die Besten eines Volkes an die Spitze bringen sollte, versagt. Es ist hier nicht der Ort, die Ursachen dafür herauszuarbeiten und zu gewichten. Somit kann sich das Fazit dieser Analyse über Ursachen, Gesetzmäßigkeiten und Fortgang der Weltwirtschaftskrise im 21. Jahrhundert nur auf den Bereich der politischen Ökonomie, der Nationalökonomie beziehen.

Die von der Regierung geplanten Ausgabensteigerungen haben einen viel zu geringen Beschäftigungseffekt und werden den weiteren Verfall der Wirtschaft nicht aufhalten können. Das wird alle Deutschen treffen. Denn die Krise wird sich verschärfen, weil ihr nicht, und vor allem nicht rechtzeitig, die Spitze genommen wurde.

## **8 Wie hätte man es besser machen können?**

Zur Konjunkturankurbelung sind rechtzeitige und weitaus größere staatliche Anstöße notwendig. Deutschland wird aus dieser Krise nicht gestärkt hervorgehen, wie die Bundeskanzlerin schwadroniert, Deutschland wird in den Sog der Krise weit tiefer hineingezogen als andere Volkswirtschaften.

Zur Ankurbelung der Wirtschaft wären zusätzliche und innovative Investitionen notwendig, nicht Reparaturausgaben, für die man nicht einmal die Pläne bereit hat. Investitionen in Zukunftstechniken in den Bereichen Energie und Umwelt sind heute gefordert, sie hätte man planen und finanzieren müssen.

Doch Pläne, Projekte oder Visionen für die Zukunft Deutschlands sucht man bei den heutigen Parteien in Deutschland vergebens.

Da wird lamentiert, daß Deutschland nicht ausreichend Rohstoff und Energievorräte hat, wie andere Länder. Doch Deutschland verfügt in einer arbeitsteiligen Welt sehr wohl über vergleichbare Ressourcen. Es liegt in der Mitte Europas und wird als Transitland gebraucht. Unsere Autobahnen sind vom ausländischen Schwer- und Transitverkehr völlig überlastet. Warum baut man z.B. keine Eisenbahnlinien von Nord nach Süd und von West nach Ost, um diesen Fernverkehr per Huckepack-Verfahren durch Deutschland zu befördern? Langfristig wären die Transportkosten (Personal-, Material- und Energiekosten) sogar billiger. Und die Umwelt würde merklich entlastet – zum Vorteil aller.

Die Deutschen werden durch diese Krise in ihrem materiellen Wohlstand und in der Rangfolge der Völker nochmals eine Stufe weiter nach unten gereicht. Es bleibt nur die Hoffnung, daß sie endlich erkennen, wem sie diesen Absturz und den permanenten Abstieg zu verdanken haben.

Nicht nur der systembedingten unkontrollierten Gier des Kapitals und der Manager nach stetig steigenden Renditen, sondern auch der Unfähigkeit der politischen Eliten aus den Parteien. Sie haben dem ungezügelt Turbokapitalismus nicht die notwendigen Zügel angelegt. Es gehörte zu ihrem Selbstverständnis, dem Kapitalismus freien Lauf zu lassen.

Soweit es abzusehen ist, wird sich daran in nächster Zeit leider nichts ändern.